

Vorstoß für kreisweite Sozialberichterstattung: Armut im Mittelpunkt der SPD-Sozialpolitiker im Kreis Unna



Die sozialpolitischen Sprecher:innen der SPD im Kreis Unna trafen sich bei der Werkstatt im Kreis Unna zum Austausch.

Auf Einladung von Angelika Chur, SPD-Kreistagsmitglied aus Bergkamen und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie, kamen am vergangenen Samstag die sozialpolitischen Sprecher:innen der Ratsfraktionen zu einem Austausch in Unna zusammen. In den Räumen der Werkstatt im Kreis Unna stand das Thema Armut im Mittelpunkt.

Werkstatt-Geschäftsführer Herbert Dörmann (1. v. r.) stellte das Modellprojekt „KoBrA“ vor. Zwar habe der Sozialstaat viele Hilfen, die Betroffene aber oft nicht erreichen und somit auch nicht aus der Not befreien würden. Das Modellprojekt beschritt daher von Juli 2020 bis Ende 2022 neue Wege im Kreis Unna. Unter Federführung der Werkstatt im Kreis Unna arbeiteten die AWO (für das Quartier Kamen „Lüner Höhe“), IN VIA (für das

Quartier Unna „Gartenvorstadt“), die Umwelt-Werkstatt (für Lünen Brambauer), das Jobcenter Kreis Unna, sowie die Städte Kamen, Lünen und Unna unter der Devise „Kooperative Bearbeitung regionaler Armut“ (KoBrA) zusammen. Rund 1,5 Mio. Euro flossen aus Mittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds in das Projekt.

Aufsuchende Arbeit und Vernetzung als „Erfolgsfaktoren“

„Wir sind aktiv und gleichermaßen behutsam auf die Armutsbetroffenen zugegangen und zwar dort, wo sich ihr Leben abspielte“, erläuterte Herbert Dörmann. Das waren zum Beispiel die Kindertageseinrichtungen oder Schulen. Da sind Eltern mit mangelnden deutschen Sprachkenntnissen, die von Formularen überfordert sind. Andere kennen mögliche Hilfsangebote einfach gar nicht. Zum Beispiel bei Eltern, die einen Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket hatten – und damit z. B. auf das kostenfreie Mittagessen. Hier konnten die Berater:innen bei der Antragsstellung und vor allem beim Umgang mit Jobcenter und kommunalen Stellen unterstützen. „Entscheidend war, dass alle Beteiligten in den Ämtern und Behörden mitwirken.“, betont Herbert Dörmann. Oft stünden hier aber Vorschriften und Zuständigkeiten im Weg. „Vom Betroffenen, vom Hilfesuchenden her zu denken, das braucht klare Vereinbarungen der Verantwortlichen in den Behörden, es braucht eine ganze Portion „Vertrauen“ der Helfer*innen untereinander und abgestimmte Arbeitskonzepte.“

Welche Lehren werden aus dem Projekt gezogen? Für Herbert Dörmann ist klar, dass der aufsuchende Ansatz in den Quartieren, die verbindliche Fallverantwortung und das fachübergreifende Arbeiten in den Kommunalverwaltungen wesentliche Garantien für eine gute Beratung und Unterstützung der Betroffenen sind.

„Das Projekt KoBrA zeigt, dass eine integrierte und strategische Sozialplanung immer wichtiger wird. Uns ist aber auch deutlich geworden, dass man dafür eine gute Grundlage braucht. Das ist aus unserer Sicht ein Bericht zur sozialen

und wirtschaftlichen Lage im Kreis Unna.“, resümiert Angelika Chur den Vortrag. Die SPD-Kreistagsfraktion Unna hat daher einen Antrag auf den Weg gebracht, die den Landrat bittet, im Rahmen der Bürgermeister:innen-Konferenz sowie der Sozialdezernent:innen-Konferenz ein Stimmungsbild abzufragen, inwieweit ein Bericht zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Kreis Unna erstellt werden kann. Ziel soll es sein, kreisweit ein gemeinsam getragenes Konzept für eine einheitliche Berichterstattung über die verschiedenen Betrachtungsräume (Kreis, Kommune, Sozialräume) zu erstellen und damit einhergehend auch gemeinsame integrierte Handlungsstrategien zu entwickeln.

Bei einer möglichen Umsetzung könnte auch die G.I.B. (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH) eingebunden werden, die als landeseigene Gesellschaft die Kommunen bei der kleinräumigen Sozialberichterstattung und der Entwicklung von ressort- und institutionsübergreifenden Arbeitsstrukturen unterstützt.